

Nach den Gewaltaktionen von Hoyerswerda, Saarlouis und Hünxten, den symbolischen Orten für die Gewaltketten vom 17.-24. 9. und vom 3./4. 10. 1991 gegen marginalisierte Ausländer und (vor allem) Asylbewerber, hat jener „pragmatische Deutsche“, den Werner Weidenfeld und Karl-Rudolf Korte als Akteur des deutsch-deutschen Zusammenwachsens loben, seine Unschuld verloren. Ferner zeigt sich, wie sehr die republikanischen und alternativen Projekte im Westen – also die Projekte des Universalismus, der Zivilgesellschaft, des „Mittelmaßes“ und des Multikulturalismus – edle Gesinnung geblieben sind; ihr tatsächlicher Geltungsbereich ist beschränkt und hat lediglich einen engen Sozialraum und eine schmale Subkultur gestaltet. An den tatsächlichen Orten des Geschehens – überdeutlich in Hoyerswerda und Hünxten – sind die Mängel bzw. tendenziell nicht-demokratischen und vor allem nicht-zivilen Seiten der politischen Kultur, politischen Psychologie und politischen wie sozialen Handlungspragmatik der beiden Kulturen in einem Staatsgebiet überdeutlich zutage getreten. In der „Zone“ bzw. in den Quartieren von Anomie, Isolation, relativer Deprivation und – vor allem – aggressiv-apatthischer Entfremdung von der politischen Klasse, dem systemischen Politikangebot und als Bedrohung empfundenen Wertewandel bzw. Modernisierungserfolge werden die Projekte einer Moderne nicht repräsentiert und wirken nur provozierend. Dies ist schon die Botschaft der Republikaner-Wahlerfolge von 1989. Diese Botschaft aber wird vom Herbst 1989 bis zum September 1991, d. h. von der Massenflucht aus der DDR, über den Beitritt bis zur Entzauberung des Mythos, mehrheitlich vom Prozeß des Zusammenwachsens und damit vom kritiklosen Überzeichnen des neuen, „rationalen“ Nationalismus verdrängt.

Zur Wahrnehmung von Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit

Die breiten Vorgeschichten von „Hoyerswerda“ in der DDR, in der Transformationsphase und nach dem Beitritt sowie diejenige von „Hünxten“ in der Bundesrepublik bis zu Beginn der 80er Jahre gehören nicht zum Gesichtsfeld

der vorherrschenden Aufmerksamkeitshaltung. Diese Optik stilisiert gerade die Themen Nation(alismus) und Ausländer als marginal, als Topoi extremer Außenseiter:

Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit werden ihrer alltäglichen Normalität und Verankerung als nicht-geschlossene, nicht-extremistische und nicht-politische soziale Deutungsmu-

Ausgehend von einer unzulänglichen Begrifflichkeit („Nie wieder Deutschland“ gegenüber „ganz Deutschland den Deutschen“) – bildet sich der für die öffentliche Meinung und damit auch für demokratisierende Veränderungen fatale Interaktions- und Kommunikationszusammenhang von Verleugnern, Verharmlosern und Übertreibern heraus. Weil solcherart mit Begriffsoperationen, nicht aber mit Taten oder auch nur durch eine wirksame Propaganda der Tat, Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus an den Rand der Gesellschaft gedrängt und künstlich marginalisiert (wahrgenommen) werden, kann sich eine breite Mehrheit – aufgeteilt in das Zusammenspiel verschiedener Deutungen und Fraktionen- folgenlos-plakatativ per Symbolpolitik, Kulturspektakel und Werbekampagne vom politischen Realismus in der Bundesrepublik Deutschland UND Deutschland verabschieden.

Politischer Realismus und Identität

Politischer Realismus (als Abwägung zwischen Wünschbarem und Möglichem, zwischen kurzfristigen und längerfristigen Zielen wie Folgekosten, als Verabschiedung von Maximalismus, Rigorismus und jeglicher Tyrannei von Werten und Wahr-

heiten) heißt in Sachen friedliche Koexistenz von Deutschen und Ausländern z. B. Quoten zu finden, die zivil ausgestaltet werden können, die zwischen den gleichermaßen unsinnigen und unkultivierbaren Polen „Wir wollen Alle und geben Alles“ (bzw. „Wir weisen niemanden ab und teilen alle [Staats]Gelder“) oder „Ausländer raus“ eine gestaltbare Vermittlung finden. Indem man mehrheitlich aber polare und diametrale Bilder ausmalt und das Wagnis „des“ politischen Realismus kaum einget, denkt man angesichts der tatsächlichen Bedeutung und des realen Umfangs der Probleme mit Wanderungsbewegungen, Asylbewerbern, Ausländern, Arbeitsmigranten und Enkulturation im Spannungsfeld von Universalismus, Europäisierung, Sonderansprüchen und Nationalstaatlichkeit faktisch nicht auf der Höhe der Zeit, ist entweder reaktionär, illusionär, unbeteteiligt oder irreal (meistens alles in je verschiedener Mischung).

„Wir“ sind damit zwar zugleich mitten im „nationalen Diskurs“, führen diesen mehrheit-

Ausländerfeindlichkeit:

Ein Produkt von Wohlstands-Chauvinismus und Nationalismus?

Ein Diskussionsbeitrag
von Eike Hennig

ster entkleidet; sie fallen damit aus den Interaktionen und der Kommunikation „der“ Gesellschaft heraus, werden nicht wahrgenommen als Prozesse der Zuspitzung von Konventionen unter bestimmten Situationen und ebensolchen „Hinweisreizen“. So unterscheidet der Verfassungsschutz (vor Hoyerswerda/Hünxten) zwischen „Fremdenfeindlichkeit“ und „Vorbehalten gegenüber Ausländern“ oder Uli Bielefeld (nach Hoyerswerda/Hünxten) zwischen „Fremdenfeindlichkeit“ und „Rassismus“; solche Differenzierungen sind sicherlich notwendig, dürfen zugleich aber die Wahrnehmung einer „Diskontinuität in der Kontinuität“ nicht verhindern und politisch wie begrifflich ausschließen. (Aus dieser Sicht wird hier auch die Verwendung eines Rassismusbegriffes verworfen.)

Mehrheitlich werden Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit nur exotisch als aggressive Exzesse (eben als Hoyerswerda und Hünxten) wahrgenommen, dann aber sogleich massiv, markig und aufwendig stigmatisiert, durch einen moralischen Aufschrei gebrandmarkt.

lich aber insgeheim (in Minderheiten auch offen) nationalistisch. Charakterisiert es doch jeden Nationalismus, daß er vom sicheren Wissen über geschlossene Kollektive ausgeht. Es gehört aber zur modernen Form des national-kollektiv beschränkten Denkens, diese Aufmerksamkeitshaltung als einen tatsächlichen „Extremismus der Mitte“ auszuüben, so daß die nationalen Denkfiguren als ihre scheinbare eigene Kritik vorgetragen werden. So sind „wir“ gemäß amtlicher Verlautbarungen nach Hoyerswerda/Hünxen mehrheitlich ausländerfreundlich; als linke Minderheit fordern „wir“: „Liebe Ausländer, bitte, laßt uns mit diesen Deutschen nicht alleine!“, als rechte Minderheit schließlich wird gegen „Asylbetrüger“ und „Überfremdung“ geschlossen die Devise ausgegeben: „Schotten dicht“.

Solche manichäisch schwarz-weißen Bilder deuten auf verbreitete kollektive Identitätsstörungen und Verhaltensunsicherheiten hin. Bilder der Abgrenzung, der gemeinschaftlichen Versicherung, der emotionalen Ordnung wie der klaren Einteilung von Vertrautem und Fremdem überlagern die analytischen Differenzierungen einer realistischen Politik, die z. B. über ein Einwanderungsgesetz, Quoten für Arbeitskräfte und Staatsbürgerschaft nachzudenken hätte.

Das Asyl – kein Lenkungsinstrument für Einwanderung und internationale Sozialpolitik

Das Asylrecht ist ein Recht für individuell darstellbare, kollektiv aber verursachte Ausnahmen; es ist die Pforte für die schützende Humanität eines Staates gegenüber der politischen Willkür oder Rechtsunsicherheit eines anderen Staates. Als Lenkungsinstrument gegenüber globalen Ungleichheiten bei der Verteilung von Lebensqualität wie auch gegenüber den Folgen individueller Unsicherheiten in „Spannungsgebieten“ bzw. „Krisenzonen“ versagt dieses Recht ebenso wie mit seinen Mitteln die Problematik der deutschen Demographie und des deutschen (sektoralen) Arbeitsmarktes nicht planvoll „gelöst“ werden können. Gegenüber den notwendigen Diskussionen z.B. über Einwanderung, Quoten und Einbürgerung/Staatsangehörigkeit, über die Bedingungen für gemeinsames Arbeiten, Wohnen und Lernen und über plurale Kulturentwicklungen versagen die mit der gegenwärtigen „Asyldebatte“ verwobenen nationalistischen Denkformen. Die sog. Asyldebatte muß insofern scheitern, als das Asyl(grund)recht, überfrachtet mit sachfremden Aspekten, kein Lenkungsinstrument für die vielfältigen Modernisierungs-, Arbeitsmarkt-, Ausländer- und Enkulturationsprobleme wie -prozesse darstellen kann. Alle aktuellen Bemühungen der rechtsstaatlichen Begrenzung des Asylrechts

auf „berechtigte“ Personen wie Personenkreise sind (wie schon die Vorläuferdebatten) zum Scheitern verurteilt angesichts der Dimensionen der internationalen Chancenungleichheit bzw. des Reichtumsgefälles zwischen Nationen und (nunmehr geöffneten) Räumen (wobei der Westen Reisefreiheit etc. immer gefordert hat, so lange ihm dies nichts gekostet hat!), angesichts auch der internationalen Krisenprozesse und – vor allem auch – einer internationalen Medienwelt, die die Individualisierung und den Wunsch nach einem „besseren Leben“ (nach westeuropäisch-amerikanischem Standard) in fernste Länder und Kulturen exportiert.

Dieses (unumgängliche) Scheitern aber ist Wasser auf die Mühlen der radikaleren Deutungsvarianten, leitet also den nächsten Schritt der Adaption rechter Deutungsmuster ein. Diese Eskalation ist deshalb leicht möglich, weil die verwendeten Deutungen auf denselben Beinen stehen, dieselben Elemente – hauptsächlich Nation und Wohlstand – zu en Detail differierenden Interpretationen kombinieren. Rechte Zeitschriften und Kleinparteien können sich nach Hoyerswerda/Hünxen bereits als Warner vor neonazistischer Militanz und vor Rassenunruhen („Volkskriege“) präsentieren. „Im Namen des Rechts: Scheinasylanten ausweisen – Ausländerhaß bekämpfen!“, fordert z. B. die Deutsche Volksunion. Die Rechte versucht, Hoyerswerda/Hünxen als Bekräftigung ihrer langen Warnungen und Forderungen zu vereinnahmen.

Wohlstandschauvinistische Aufklärung für Deutsche

Neben den bereits erwähnten Interaktionen des absoluten pro oder contra hinsichtlich Deutschlands kommt es auch zu einer lernpathologischen Kombination wohlstandsschauvinistischer Denkfiguren entweder in Form der rechtsextremen Ausgrenzung „schmarotzender“ Ausländer (tendenziell auch ebensolcher „Trittbrettfahrer des Wohlfahrtsstaates“, wovon schon L. Späth gewarnt hat) oder in Form jener technokratischen Selektion, die beispielsweise H. Geißlers „Zugluft“ (1990) zu einem lauen Lüftchen werden läßt. In jedem Fall werden die in Deutschland arbeitenden Ausländer mit dem Wohlstand und Lebensstandard der Deutschen verbunden. Geißler weist darauf hin, „unser Wohlstand“ wäre gefährdet, „gäbe es in der Bundesrepublik nicht über vier Millionen Ausländer“. Realistischerweise engt H. Kohl den Kreis der Ausländer ein, wenn er Deutschland zum „ausländerfreundlichen Land“ erklärt: „Viele von ihnen“, so urteilt Kohl über die „ausländischen Mitbürger“, „leben seit langem in unserer Mitte und tragen mit ihrem Fleiß zu unser aller Wohlstand bei.“ – Was passiert mit denen, die sich heute nur mit Bezug

auf das dafür nicht gedachte Asylrecht in Deutschlands Mitte einschleichen wollen; was passiert mit jener seit 1990 anwachsenden Zahl „anderer“ Ausländer, die z. B. der „Spiegel“ zum „Ansturm der Armen“ erklärt und in ein Boot der „Flüchtlinge, Aussiedler, Asylanten“ wirft oder die dasselbe Magazin einfach „die Zigeuner“ nennt?

Geißlers Argumentationsfigur anerkennt zwar die Probleme von Armutswanderung und Ökologie (die alte soziale Frage dagegen ist passé), geht mit diesen Herausforderungen aber charakteristisch unterschiedlich um. Eine „Art internationale soziale Marktwirtschaft“ und allgemeine menschenrechtliche Titel vertragen die Armen der Welt (sie leiden unter der „neuen sozialen Frage“), für die „Reichen“ aber, z. B. „die Deutschen“, gibt es heute schon positive Lösungen, die auch die in diesen Zonen lebenden (arbeitenden) Ausländer einschließen. Geißlers Plädoyer für die ökonomisch notwendige multikulturelle Gesellschaft sieht auch für neue Gruppen Ausländergruppen einen modus vivendi vor. Können doch diese Gruppen ebenso wie alle Ausländer zuvor als „Lückenbüßer für die Verkrustungen des Arbeitsmarktes“ einspringen oder „Resteverwerter deutscher Wohnungen“ werden (zustimmend zitiert Geißler dabei M. Miegel vom Institut für Wirtschaft und Gesellschaft). Wie im Fall des für Teile des Elektorats der Republikaner charakteristische Wohlstandschauvinismus ist Geißlers Ausländerplädoyer überhaupt nicht selbstlos, sondern berechnend, bemüht aber, daß bei aller Segmentierung keine offen-konfliktträchtig gespaltene Gesellschaft entsteht, die sich „in eine oder mehrere Herren- und Dienerkassen aufteilt“. Ähnlich argumentiert die Presse- und Informationsamt der Bundesregierung im Dezember 1991. Bereits die Titelseite der entsprechenden Information hebt hervor – gegenüber den deutschen Bürgern in den neuen Bundesländern? –, daß Ausländer auch den Solidaritätsbeitrag zahlen. Türken z. B. bringen rd. 450 Millionen Mark auf. Mit Bezug auf den namentlich nicht genannten Chef eines großen westdeutschen Arbeitsamtes wird das Geißler'sche Arbeitsmarktargument wiederholt; Ausländer finde man besonders in „Jobs... mit... hohen körperlichen Anforderungen oder... weniger günstigen Konditionen“, für die man trotz Arbeitslosigkeit kaum deutsche Arbeitnehmer finde.

Diese wohlstandsschauvinistisch vorgetragene anti-extremistische Aufklärung für Deutsche versteht sich als „selbstverständlich“. Jeder ökonomisch denkende Deutsche (bzw. jeder der seinem Eigennutz folgt) sollte wissen, wie direkt seine Position und sein Lebensstandard von (arbeitenden) Ausländern und selbstverständlich auch vom Export deutscher Waren ins Ausland abhängt. Zu den neueren Differenzierung „der“ Ausländer führt das Presseamt sachlich nichts aus (knapp wird aber der Krisenreiz seit Som-

mer 1991 verwendet, wenn nämlich beiläufig „der zunehmende Mißbrauch des Asylrechts“, „dem Deutschland... ausgesetzt [!] ist“, erwähnt wird), um zu einer klaren Konsequenz gelangen zu können. Diese klare Nutzenanwendung besteht darin, „die Ausschreitungen“ – näheres wird nicht berichtet oder auch nur verbal angesprochen! – als Tat „einer verschwindend kleinen Minderheit politischer Wirrköpfe und geistloser 'Randale'-Macher“ zu interpretieren. Dennoch aber genügen „die Ausschreitungen“, um (wie? warum? wo?) „das Bild der Deutschen in der Welt einzutrüben.“ – „Wie ungerecht!“

Nach dieser Bekundung steigert sich das amtliche Deutungsangebot in eine hymnische Farbenfolge zu Ehren der (verkannten) modernen Deutschen (haben diese doch ihre „Lehren der jüngsten Vergangenheit und die schrecklichen Folgen von nationalen Größen – und Rassenwahn begriffen und verinnerlicht“):

„Leben denn nicht fast fünf Millionen ausländische Mitbürger und Gäste bei uns? Sind die Deutschen nicht Weltmeister im Spendenaufkommen für andere Länder – egal, ob es um die von Nahrungsmittelnot bedrohten Völker der Sowjetunion, um die Arbeit privater Organisationen in den Entwicklungsländern, um die Opfer von Hunger- und Naturkatastrophen in Äthiopien und Bangladesch oder um das nicht enden-wollende Elend der Kurden geht? Wird nicht gerade in diesen Tagen in allen Orten unserer Republik in geradezu rührender Weise auf zahllosen Weihnachtsbasaren Geld für mildtätige und oftmals lebensrettende Hilfen zugunsten von Projekten in vielen Ländern Afrikas, Asiens und Südamerikas gesammelt? Die Deutschen haben die provinzielle Enge, aus der die Ablehnung des 'Fremden' entsteht, längst abgelegt.“

Es dominieren ein bemüht aufgeklärt ethnozentrischer und national-chauvinismuskritischer Blick auf die nationale Identität, ein strikter BRD-Bezug, kollektive Selbstgerechtigkeit bei Erwähnung erfolgreich absolvierter geschichtlicher Lektionen nach 1945 und eben das strikte Bemühen, nationalistische Einstellungen durch ökonomische Sachargumente zu entkräften: Ein entsprechend aufgeklärter und ökonomisch urteilender Deutscher soll aus wohlverstandenen Eigeninteresse eine rationale Wahl gegen ausländerfeindliche Ausschreitungen treffen.

Wohlstandschauvinismus als Schnittmenge liberalkonservativer und rechter Deutungsmuster

Am Punkt eines nicht-geschlossenen, nicht-traditionalistischen und nicht-integralen Nationalismus und bei der Pflege einer konsumtiven Individualisierung läßt sich die Schnittmenge finden von Mehrheitsmeinung, von amtlich und medial dargebotenen Interpretationen

(tauglich auch zur Abgrenzung gegenüber den Minderheitsentgleisungen in Hoyerswerda/Hünxen) und last not least von extremer rechten (nicht aber neonazistisch-organisierten oder -informellen) Positionen und Begriffen. So wie rechte Sprachspiele seit Mitte der 80er Jahre nach Art von Computerviren mehr und mehr in offizielle Deutungen der „Ausländerfrage“ einwandern (und gerade dadurch als situatives Kontextmoment für ausländerfeindliche Einstellungen wirken), so prägen sich die innerrechten Abgrenzungen zwischen bemüht verfassungsgemäßen Positionen und neonazistischer Militanz weiter aus und verbessern letztlich die Chancen einer auf den Verfassungsbogen spekulierenden „rechtskonservativen“, „rechtspopulistischen“ Partei.

Verbindungsglied der Argumentations-, Deutungs- und Einstellungsbeziehungen aller „billig und gerecht denkenden“ Deutschen ist eben der Wohlstandschauvinismus. Ausgehend vom bedrohten Reichtum und einer gefährdeten Zukunft kann dieses Deutungsmuster zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen sowie zugleich auch zwischen schaffenden Arbeitsleuten und raffenden bzw., schmarotzenden Betrügern bzw. Ausbeutern unterscheiden. Es baut sich ein doppeltes Koordinatensystem auf, das vor allem auch geeignet ist, innerhalb der Ausländer zu selektieren; ja, man kann sogar ausführen, daß man „gut“ und „böse“ zwischen Deutschen und Ausländern gleichermaßen verteilt und solcherart weltmännisch und gerecht – eben ganz und gar nicht nationalistisch und rassistisch – vorgeht.

Als wesentliches Element des Republikaner-Syndroms ist dieser Wohlstandschauvinismus als eine primär soziale, „rebellisch-angepaßte“ und „rechtspopulistische“ Einstellung um Anomie, Isolation, relative Deprivation und (teilweise aggressive) politische Entfremdung im Bezugskontext eines nicht-geschlossenen Rechtsextremismus 1989 von SINUS beschrieben worden:

„Kaum einer der von uns befragten (35 Wähler der Republikaner, die alle vormalige SPD-Wähler gewesen sind) hat... ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild, d. h. nicht festzustellen war:

- ein nationalsozialistisches Geschichtsbild (z. B. die 'Auschwitz-Lüge'),
- die Verehrung des Führerstaates,
- militaristische Neigungen,
- vaterländische Ideologie sowie Blut- und Boden-Rassismus.

Bei diesen Befragten fanden wir jedoch eine (die politischen Deutungsmuster beherrschende) sozial-kulturell motivierte Fremdenfeindlichkeit. Wir haben dieses ideologische Grundmuster als 'Wohlstands-Chauvinismus' bezeichnet:

Anspruch auf die Früchte des Wohlstands sollen ausschließlich – oder in erster Linie – die Deutschen in der Bundesrepublik haben. Asylbewerber schließt man davon in der Regel ebenso aus wie deutschstämmige Aussiedler ('die können ja noch nicht mal deutsch'). Selbst DDR-Übersiedler werden von manchen Gesprächspartnern diesem unerwünschten Personenkreis zugeschlagen.“ – „Bemerkenswert: Ausländische Arbeitnehmer ('die schon lange bei uns wohnen und ihren Beitrag geleistet haben') werden nicht selten ausdrücklich vor jenen in Schutz genommen, die nur ins Land kommen, um 'abusativ' (i. e. Asylanten und Aussiedler).“

Die neue politische Themenstellung („Großwetterlage“) seit 1988/89, die mit ansteigenden Asylbewerber- und Aussiedlerzahlen aus Jugoslawien, Rumänien und der GUS 1991 in der Bundesrepublik „ankommt“, wird geprägt von internationalen Umweltkrisen, von außenpolitischen Spannungen durch Migration und als Mittel der Politik offensiv wieder eingesetzte (Klein)Kriege sowie vor allem, was die Innenpolitik anbetrifft, durch ein erneutes Betonen sozialpolitischer Themen. Unter der Prämisse der (mißlingenden) Angleichung der Lebensverhältnisse (von Lebensstilen ist keine Rede) in Ost und West und als politische Umverteilung knap-



per werdender gesellschaftlicher Reichtümer – angesichts einer beginnenden Rezession – entwickelt sich ein Meinungsklima, das die illiberale Seite der wohlstandschauvinistischen Deutung begünstigt und auf die desorientierende Moderne mit zahlreichen Tendenzen zur Re-traditionalisierung und Rückversicherung reagiert; ebenfalls begünstigt dies eine Orientie-

Das Asylrecht ist ein Recht für individuell darstellbare, kollektiv aber verursachte Ausnahmen; es ist die Pforte für die schützende Humanität.

rung an dem, was man hat, was aber als gefährdetes und somit schutzwürdiges Gut angesehen wird. Wohlstandschauvinismus ist eine Form, in der Tendenzen von Entraditionalisierung, Modernisierung, Wertewandel und Individualisierung als Vereinzelung, Angst und Aufbegehren „unten“, d. h. bei den „kleinen Leuten“ am Rande des Abstiegs bzw. auf den ersten (noch nicht konsolidierten) Stufen einer Aufstiegsleiter ankommen.

Hoyerswerda/Hünxen können also kein Erstgeburtsrecht einer „anachronistischen Rebellion“ beanspruchen, sie zeigen aber, wie brisant 1991 die Bemühungen einer wohlstandschauvinistisch-kollektiven Zähmung von Ausländerfeindlichkeit angesichts der rapiden Wandlungs- wie Krisenprozesse im nationalen wie internationalen Rahmen geworden sind. Gleichzeitig zeigen diese Orte (Hoyerswerda insbesondere), wie sehr symbolische Maßnahmen gegen „multikulturelle Trends“ (die faktisch in neueren „Gemeinschaftsunterkünften“ nicht mehr zu finden sein dürften) aus einem politischen Vakuum heraus – anknüpfend an nichtigste Auslösemomente – als soziales „Aufbegehren“ vorgetragen werden. (Die Dauer der rassistisch-rebellischen Aktionen in Hoyerswerda ist dabei eine Besonderheit, die mit der Unfähigkeit und Untätigkeit institutioneller Politik und exekutiver Gewalt hoch korreliert. Dies eröffnet eine gewichtige weitere Problemdimension, die auf das Ende des Credo „Bonn ist nicht Weimar“, d. h. auf den Verzicht staatlicher Gewalt als antiextremistische Maßnahmegewalt hindeuten könnte. Dieser Frage soll hier jedoch nicht weiter nachgegangen werden.)

Wohlstandschauvinismus, insgeheimer Nationalismus und der vergleichsweise allseitige Verzicht auf realistische Politik ergeben in ihrem interaktiven Zusammenspiel ein (wenngleich gerade nicht-extremes) Meinungsklima, das der demokratischen politischen Kultur schadet – das z. B. den Raum oppositioneller Konzepte (schon durch vorwegnehmende Selbstzensur) einengt –, das keiner politischen Psychologie einer Toleranz für offene Fragen und reflexiv-selbstkritisch betriebene Lösungswege förderlich ist. Sichtbares Zeichen für die sich verdichtende Spiralbewegung einer untauglichen Aufmerksamkeitshaltung und Thematisierung ist das Fixieren auf das Asylrecht für politisch Verfolgte – ein historisch berechtigtes individuelles Menschenrecht, das aber im Kontext der Ausländerfragen ebenso überfordert ist (und – bewußt? – wird) wie das Vertriebenengesetz von 1953, das die „Eindeutschung“ von Personen „deutscher Volkszugehörigkeit“ regelt.

1898 und 1991: Rückwärts und viel vergessen!

Gegenüber 1989, gegenüber also den Wahlerfolgen der Republikaner, hat sich 1991/92 die

Situation erheblich verschärft, auch wenn sich der „Protest“ stärker sozial, noch weniger politisch artikuliert. Dies ist die Botschaft des „Hoyerswerda/Hünxen-Syndroms“. Wie kritisch sich der situative Kontext zugespitzt hat, zeigt sich zum einen am offenen Tolerieren militant rassistisch vorgetragener Ausschreitungen durch Publikum, Polizei, Staatsanwaltschaft und Politiker in Sachsen und zum anderen an der breiten Kette ähnlicher Nacht-und-Nebel-Aktionen in den alten Bundesländern. Dort ist auch die Reaktion der öffentlichen Meinung bemerkenswert, den einmal nimmt sie die Ausschreitungen wenig zur Kenntnis, und zum anderen interpretiert sie diese fälschlich primär als ein Problem des wenig zivilisierten Ostens. Tatsächlich aber prägt ein breites Gewaltspektrum 1991 auch die alten Bundesländern (über raschend auch für die amtlichen Voyeure vom Verfassungsschutz); tatsächlich nehmen rechts-extrem motivierte Sachbeschädigungen und Körperverletzungen dort seit 1988 zu, kommt es bereits 1989/90 wieder zu entsprechenden Tötungsdelikten. Am 17.12.1988 sterben in Schwandorf vier Personen, drei Türken und ein Deutscher, weil ein 20jähriger Skinhead „ausländer ärgern“ und „zündeln“ will (Querverbindungen zu rechten Gruppen werden von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht nicht verfolgt; J.S. gilt als Einzeltäter). In der BRD – alt – gibt es somit eine öffentlich und institutionell verdrängte Kontinuitätslinie bis zum Brandanschlag der „Deutschen Aktionsgruppen“ Manfred Röders gegen ein Hamburger Asylantenheim, dem 1980 zwei Vietnamesen zum Opfer gefallen sind. In den postkonventionellen und postnationalistischen Diskursen der demokratischen Frage wird dies weitgehend ausgeblendet.

Vor allem zeigt sich 1991 eine fortgeschrittene Erosion demokratischer Institutionen und politischer Eliten gegenüber den elementarsten Menschenrechten wie der Würde des Menschen und dem Recht auf körperliche Unversehrtheit (die zunächst einmal selbst für „Asylbetrüger“ gelten), die positive Realisierung des staatlichen Gewaltmonopols hat insbesondere in Hoyerswerda Schaden genommen (sowie in Fragen der inneren Sicherheit – nicht zuletzt in Verbindung von Ausländern (einzeln oder als Banden) in der Szenerie von Kriminalität und Drogen – mehr und mehr anomische Einstellungen und Selbstjustiz hervorbringen).

Die Differenz von 1989 und 1991 kann symbolisch an einer Person deutlich gemacht

werden. 1989 formuliert Kurt Biedenkopf aus Anlaß der Republikaner-Erfolge (und des Einbezugs der Grünen in das Parteienspektrum), angesichts neuer politischer wie gesellschaftlicher Aufgaben ein Konzept zur Überwindung des politischen Defizits vor allem der Großparteien. 1991 – als verantwortlicher sächsischer Ministerpräsident – wirbt Biedenkopf um Verständnis für die Deutschen. Zu Lasten der Opfer soll die Wiederholung solcher angesichts der deutschen Empörung zwar verständlichen, in dieser Übertreibung aber (international)rufschädigenden Aktionen unterbleiben. Während die FAZ am 24.9.1991 in ihrem Leitartikel feststellt: „Beifall kann Gewalt sein“, verurteilt Kurt Biedenkopf in einem taz-Interview am 25.9.1991 (obligatorisch) zwar „die randalierenden Jugendlichen (und) die Bevölkerung, die ihnen als Resonanzboden gedient hat“, sieht dann aber „das eigentliche Problem“ in der „Einwanderung, die... weit über das hinausgeht, was wir im Grundgesetz allen Menschen versprochen haben.“ Dieser Themen- und Ebenenwechsel markiert die Differenz von 1989 und 1991. Kurt Biedenkopf betont 1991 nicht mehr wie 1989 (als alter CDU-„Jungtürke“) analytisch die ökologischen Herausforderungen; 1991 spricht er emotional und affirmativ die Befindlichkeit der nationalen Identität an. Norbert Elias hat 1977/78 eine „schleichende Identitätskrise“ als den gefährlichsten Zustand einer kollektiven Wir-Schicht diagnostiziert. Obwohl er die Ausländerprobleme überhaupt nicht behandelt, formuliert Elias (unter dem Eindruck des ersten „deutschen Herbstes“) eine Alternative, die auch die Differenzen und Probleme von 1989 und 1991 betrifft: „... es sieht beinahe so aus, als ob die Bundesrepublik nur die Wahl habe zwischen einer bewußten Integration und einer ungeplanten Desintegration.“

Prof. Dr. Eike Hennig lehrt Politikwissenschaft an der Gesamthochschule Kassel

Lesehinweise:

Als einen Überblick über Ereignisse und Deutungen vgl. Eike Hennig, Hermann Langer, Deutschland von rechts, in: Wochenschau für politische Erziehung, Sozial- und Gemeinschaftskunde, Sek. II, 42. Jg., Nr 6 (Nov./Dez. 1991).

Zur Interpretation vgl. Institut für Sozialforschung (Hrsg.), Aspekte der Fremdenfeindlichkeit, Frankfurt/New York 1992.

Gestützt z. B. auf Materialien des Verfassungsschutzes und auf zumeist extremismustheoretische Interpretationen vermitteln einen Einblick in die herrschende Darstellung Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Bde 1-3, Bonn 1989-1991.